



Forschungs- und Innovationspolitik nach der Krise

Im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte verschlechtert. Konsolidierungsmaßnahmen und die schleppende Konjunkturerholung werden die Budgetentwicklung bis 2014 prägen. Grundsätzlich ist eine Ausweitung der öffentlichen Mittel für Innovation und Bildung trotz der Konsolidierungsbemühungen aber möglich und notwendig, weil dadurch die Basis für nachhaltiges Wachstum gelegt wird: Nur Bildung und Innovation können eine wettbewerbsfähige Wirtschaft tragen, die ihr Exportpotential ausschöpft. Die Forschungsstrategie, die die österreichische Bundesregierung derzeit erarbeitet, erhält vor dem Hintergrund der aktuellen Krise der öffentlichen Haushalte und des niedrigen Wachstumstempos in Europa besondere Bedeutung. Das WIFO hat auf der Grundlage der Evaluierung des österreichischen Innovationssystems ein Maßnahmenbündel für eine "Spitzenreiterstrategie unter Budgetknappheit" erarbeitet.

Neben einer Konzentration der öffentlichen Mittel und Instrumente auf Projekte mit einer höheren Hebelwirkung, um private Finanzierungspotentiale optimal auszuschöpfen, sind auch Maßnahmen notwendig, die über das Fördersystem im engeren Sinn hinausgehen, um bis 2020 die Voraussetzungen für ein nachhaltiges innovationsbasiertes Wachstum zu schaffen. Als zentrale Politikbereiche werden das Bildungssystem und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen identifiziert. Durch die Beseitigung der hier bestehenden Defizite könnte jener Strukturwandel ermöglicht werden, der für ein Erreichen der angestrebten Ziele unabdingbar ist.

Das WIFO empfiehlt einen ausgewogenen Maßnahmenmix aus Förderung und unterstützenden Rahmenbedingungen, darunter starke Hochschulen, wettbewerbsintensive Produktmärkte sowie einen starken privaten Risikofinanzierungssektor.

Für die steuerliche Förderung werden ein *Pre-Approval-Service* und forcierte Ex-post-Kontrolle vorgeschlagen, welche die Mitnahmeeffekte senken und die Planungssicherheit der Unternehmen erhöhen sollen. Die direkte Förderung sollte insgesamt selektiver werden. Ein Ansatzpunkt könnte in der Erarbeitung innovativer Vergabemechanismen (Auktionsverfahren) bestehen. Weiters kann die direkte Förderung besser auf Bereiche mit hohen sozialen Erträgen fokussiert werden, z. B. "Saubere Energie" – die öffentlichen Forschungsausgaben für diesen Bereich sind vergleichsweise gering. Weiteres Optimierungspotential besteht bezüglich des Zusammenwirkens mit der steuerlichen Förderung.

Besondere Priorität sollten die Lehre und die Forschung an Hochschulen genießen. Sie sind gleichermaßen wichtig für junge innovationsintensive Unternehmen, für die Innovationsaktivitäten bestehender Betriebe und für Forschungszentralen multinationaler Unternehmen. Sie gewinnen als Standortfaktor in einer wissensbasierten Wirtschaft erheblich an Bedeutung. Mit dem Zielhorizont 2020 sollte sich deshalb Österreichs Hochschullehre und -forschung mit den besten Vergleichsländern messen können.

Für den Bereich der *Hochschulstudien* (Universitäten und Fachhochschulen) wird ein Studienplatzfinanzierungssystem mit Zugangsmanagement vorgeschlagen, um die dringend nötige Expansion des tertiären Sektors qualitativ und in Abstimmung mit der Qualifikationsnachfrage des Arbeitsmarktes zu tragen. Aufgrund der privaten Erträge von Hochschulbildung erscheint eine private Finanzierungsbeteiligung verknüpft mit einem Bildungskreditsystem und einem gut ausgebauten Stipendiensystem empfehlenswert. Während die Selektivität des Bildungssystems beim Übergang zur Hochschule gesteigert werden sollte, wäre gleichzeitig die Selektivität des Bildungssystems vor der Hochschule zu verringern. Dazu zählen ein in Qualität und Quantität gut ausgestattetes, kostenloses Kindergartensystem sowie eine gemeinsame, ganztägige Schule im unteren Sekundarbereich, die von österreichweiten Standards und der Autonomie der einzelnen Schulen getragen wird.

Im Bereich der *Hochschulforschung* zeigt sich Optimierungspotential hinsichtlich einer stärkeren Gewichtung der Qualität der Forschung in den Leistungsvereinbarungen und in den formelorientierten Budgets sowie in der Gewährung von substantiellen Overhead-Zuschüssen im Zusammenhang mit FWF-Projektgeldern.

Hinsichtlich der *Kooperation zwischen Universitäten und Unternehmen* eröffnen sich Möglichkeiten zur Steigerung der Qualität der universitären Forschung (Ausweitung der Anreize für Unternehmen, auf Universitäten zuzugehen), für eine Evaluierung des Systems der Außeninstitute und für regionalpolitische Initiativen zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Klein- und Mittelbetrieben und Universitäten.

Eine Verbesserung der *Rahmenbedingungen* würde insbesondere im Dienstleistungssektor eine Wettbewerbsintensivierung ermöglichen.

Die *Finanzierungslücke* in der privaten Finanzierung von kleinen, jungen Unternehmen mit besonders großem Wachstumspotential ("Gazellen") ist zu schließen. Die Aktivität privater Risikokapitalgesellschaften wäre auf eine gesetzliche Grundlage nach internationalem Maßstab zu stellen, um die Risikokapitalintensität in Österreich zumindest auf den EU-Durchschnitt zu heben. Über eine Angleichung des Schutzes von Minderheiteninvestoren könnte die Investitionssicherheit erhöht werden.

Wien, am 14. Mai 2010.

Rückfragen bitte an Dr. Jürgen Janger, Tel. (1) 798 26 01/260, Juergen.Janger@wifo.ac.at.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der folgenden WIFO-Studie: Jürgen Janger (Koord.), Michael Böheim, Martin Falk, Rahel Falk, Werner Hölzl, Michael Peneder, Andreas Reinstaller, Fabian Unterlass, Daniela Kletzan-Slamanig, Forschungs- und Innovationspolitik nach der Krise. WIFO-Positionspapier zur FTI-Strategie 2020, Mai 2010, 33 Seiten, 20 €, kostenloser Download:

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39322&typeid=8&display_mode=2!

Tabellen und Graphiken zu den Presseaussendungen des WIFO finden Sie jeweils auf der WIFO-Website, <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?&fid=12>.